

# Evidenzbasierte Governance von Organisationen in Forschung und Lehre – Erwartungen an die Wissenschafts- und Hochschulforschung<sup>1</sup>

Keynote beim Symposium „Governance, Performance and Leadership of Research and Public Organizations“, München, 15./16. Juli 2015

Manfred Prenzel, Stefan Lange

---

Für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung eröffnet sich heute in Deutschland ein einmaliges Gelegenheitsfenster: Die Bereitschaft der wissenschaftspolitischen Akteure, das Feld zu fördern, ist unzweifelhaft gegeben. Mit der Gründung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) haben Bund und Länder signalisiert, dass sie ein dauerhaftes Interesse an einer nachhaltigen wissenschaftlichen Infrastruktur in diesem Bereich haben. Gleichwohl kann das Feld noch nicht alle Erwartungen erfüllen, die Wissenschaftspolitik und Förderakteure an die Wissenschafts- und Hochschulforschung richten. Um die Bereitschaft, das Feld in Deutschland institutionell breiter zu verankern zu erhöhen, plädiert der Beitrag unter anderem für verstärkte Integrationsbemühungen zwischen Wissenschafts- und Hochschulforschung, die Entwicklung einer gemeinsamen Forschungsagenda und die Erhöhung der Methodenkompetenz durch interdisziplinäre Öffnung über die Sozialwissenschaften hinaus.

---

## 1 Einleitung

Die Bedeutung von Forschung und akademischer Lehre für technische Innovationen, Wirtschaftswachstum, eine umweltschonende Entwicklung und die Lebensqualität insgesamt hat in den vergangenen Jahrzehnten stetig zugenommen. Produkte und Dienstleistungen, aber auch Handlungen und Entscheidungen von Organisationen und Individuen beruhen heute in hohem Maße auf forschungsbasiertem Wissen.

Entsprechend sind die Einrichtungen, in denen diese Leistungen erzeugt werden – Hochschulen und Forschungsorganisationen – in den Fokus politischer Reformbestrebungen gerückt, die dem Ziel dienen, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen bzw. ihre „Performance“ zu verbessern.

---

<sup>1</sup>Der Beitrag wurde bereits im Jahresbericht 2015 des Wissenschaftsrats veröffentlicht.

Dazu wurden – in Europa z. B. im Rahmen des Bologna-Prozesses – einschneidende Strukturreformen bei den Studiengängen durchgeführt. Die Forschung wurde – beispielsweise durch Anreize aus der Exzellenzinitiative – stärker wettbewerbsfähig ausgerichtet, und im Rahmen des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes, der „Pakte“ und der Hochschulgesetzgebung der Länder wurden rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen, die Hochschulen und Forschungsorganisationen mehr Autonomie bei der Regelung ihrer eigenen Leistungsprozesse einräumen.

Dies alles geschah, wie Jürgen Kaube in der FAZ anlässlich der Verabschiedung des Positionspapiers des Wissenschaftsrats zu den institutionellen Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland süffisant bemerkte (*Kaube 2014, Wissenschaftsrat 2014*), weitestgehend ohne die akademische Beratung oder Begleitung durch ein wissenschaftliches Feld, das hierfür eigentlich in der Zuständigkeit wäre: die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung. Wozu, so *Kaube* weiter, wird denn jetzt noch diese Art von Beratung oder Informationen gebraucht, wo der Zug doch längst abgefahren ist?

Diese polemische Zuspitzung verdient eine ebenso einfache Gegenfrage: Wer möchte denn eine Hochschul- und Forschungspolitik, die nur aus dem Bauch heraus, auf der Basis von subjektiven Eindrücken, Vermutungen oder romantisierenden Vorstellungen einer früheren Universität plant und entscheidet? Sofern man sich nicht damit begnügen mag, den „Mythos Humboldt“<sup>2</sup> zu feiern, um aus ihm vermeintlich ebenso zwingende wie universelle Organisationsprinzipien für Forschung und Lehre abzuleiten – für manche Feuilletonisten offenbar eine attraktive Vorstellung – ist man nolens volens auf wissenschaftsbasierte Informationsquellen angewiesen. Die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung kann – unter den nachstehend skizzierten Voraussetzungen – der Politik, den Präsidien und Vorständen in Hochschul- und Forschungseinrichtungen, aber auch den Medien und der interessierten Öffentlichkeit eine belastbare Vorstellung davon geben, wo der Zug wirklich hinfährt und ob er sich seinen Zielen annähert. Sie eröffnet die Möglichkeit, auf Grundlage der prinzipiell verfügbaren wissenschaftlichen Informationen und theoretischen Annahmen über dieses System die Weichen rational und verantwortlich stellen zu können.

Eine empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung wird benötigt, um tragfähige Modellvorstellungen generieren und mit der Wirklichkeit konfrontieren zu können. Oder anders ausgedrückt: Auch im Feld von Forschung und Wissenschaft besteht ein Bedarf an Theorien und Evidenz, um auf der Basis des besten verfügbaren Wissens entscheiden zu können. Allerdings wird eine andere, eine stärkere, vor allem institutionell und methodisch anders aufgestellte Forschung in diesem Bereich benötigt als diejenige,

---

<sup>2</sup>Siehe zur Genealogie dieser Mythenbildung *Tenorth (2012)*.

die in den vergangenen Jahren das Feld in Deutschland geprägt hat. Hierauf soll im Folgenden, in Anlehnung an das bereits zitierte Positionspapier des Wissenschaftsrats, vertieft Bezug genommen werden.

## **2 Welche legitimen Erwartungen lassen sich an die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung stellen?**

Folgt man dem grundlegenden Rationalitätsanspruch von Wissenschaft, dann müsste von der Wissenschafts- und Hochschulforschung erwartet werden dürfen, dass sie wissenschaftlich geprüft und gesichertes Wissen über die Funktionsweisen, personellen und institutionellen Voraussetzungen und Verwendungshorizonte generiert, unter denen Forschung und Lehre stattfinden – und zwar nicht nur bezogen auf einzelne Einrichtungen, oder im Rahmen eines Landes, sondern im internationalen Maßstab.

Dies vorausgesetzt, würde man gerade von einer empirisch ausgerichteten Wissenschafts- und Hochschulforschung die Generierung von Forschungsdaten im Wechselspiel mit auf Konstrukten, Indikatoren und Daten bezogenen theoretischen Konzepten erwarten. Auf diesen Grundlagen könnten und müssten wissenschaftspolitische Reformen erarbeitet, politisch entschieden und qualitätssichernd begleitet werden können. Was also gebraucht wird, sind evidenzbasierte Wissensgrundlagen, mit denen einschlägige und verantwortliche Gremien z. B. auch die Governance und strategische Führung in den wissenschaftlichen Einrichtungen planen und gestalten können. Zu evidenzbasierten Wissensgrundlagen gehört selbstverständlich auch eine Aufklärung über unbeabsichtigte Nebenwirkungen von Steuerungskonzepten, etwa auf die Qualität von Forschung und Lehre, auf die Qualität der Studiengänge und der Nachwuchsausbildung sowie über deren Auswirkungen auf das Umfeld – z. B. auf das Beschäftigungssystem.

Wohlgemerkt geht es hier um eine evidenzbasierte Wissensgrundlage, nicht um technokratisches ‚Steuerungswissen‘. Auch einer sehr gut funktionierenden und methodisch anspruchsvollen Wissenschafts- und Hochschulforschung wird es nicht gelingen, unstrittige und ex ante formulierbare Kausalitäten zwischen konkreten wissenschaftspolitischen oder organisatorischen Entscheidungen und den Wirkungen und langfristigen Folgen für regionale oder nationale Akteure in einem globalen Wissenschaftssystem zu liefern. Ihr das abzuverlangen hieße, sie zu überfordern.

Was eine am ‚state of the art‘ arbeitende Wissenschafts- und Hochschulforschung aber durchaus leisten kann, ist, wissenschaftlich geprüfte Daten und Modelle bereitzustellen, die es Entscheidern in Politik und Wissenschaftseinrichtungen ermöglichen, ihr Gestaltungshandeln auf einer möglichst validen, breiten und vergleichend angelegten Informationsgrundlage zu vollziehen.

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob denn die Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland hinreichend gut aufgestellt ist, um diese Beiträge zu leisten und Antworten zu geben, die Akteure in der Politik, in den wissenschaftlichen Einrichtungen oder andere Stakeholder von ihr erwarten. Wie sieht es also aus mit der Qualität der Theorien, Methoden und Daten, die sie bereitstellt? Anders formuliert:

### **3 Ist die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland den Erwartungen entsprechend aufgestellt?**

Mit dieser Frage hat sich der Wissenschaftsrat in den vergangenen drei Jahren immer wieder beschäftigt: zunächst im Rahmen einer institutionellen Evaluierung des HIS-Instituts für Hochschulforschung (*Wissenschaftsrat 2013*) und anschließend in einem Positionspapier zum gesamten Feld (*Wissenschaftsrat 2014*), auf das oben bereits Bezug genommen wurde. Hierbei zeigte sich ein höchst ambivalentes Bild: Der hohen Nachfrage nach Daten, vergleichenden Fallstudien, Prognosen oder gar Erklärungsmodellen stehen bis heute zwei nur rudimentär miteinander verknüpfte Forschungsfelder gegenüber, die in Deutschland von sehr wenigen spezialisierten Professuren und singulären außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AuF) getragen werden.

Bei den in diesem Feld arbeitenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen haben vielerorts (wenngleich nicht überall) eine Dominanz der Auftragsforschung und die Angewiesenheit auf nichtkompetitive Drittmittel zu einer Entkoppelung von internationalen Standards in der Methodenentwicklung geführt. Geforscht wurde häufig – gerade in der Hochschulforschung – weitgehend ohne Interesse an einer eigenen Theorieentwicklung und überwiegend im nationalen Maßstab.

Dies ist nicht nur für die Reputation in anderen wissenschaftlichen Fachgemeinschaften – die ja gleichzeitig ‚Objekt‘ von Wissenschafts- und Hochschulforschung sind – zu wenig. Es reicht letztlich auch nicht aus für eine anspruchsvolle ‚evidenzbasierte‘ Politik- und Organisationsberatung, die heute von den empirisch arbeitenden Sozial- und Verhaltenswissenschaften im Sinne von Relevanzbezug legitimerweise auch erwartet werden darf. Bedient werden müssen dabei nicht plumpe „value for money“-Erwartungen öffentlicher Zuwendungsgeber, sondern vielmehr solche von Einrichtungen und Individuen, die z. B. den Feldzugang gewähren und sich für Datenabfragen und Interviews bereitstellen. Dass im Rahmen dieser externen Anforderungen kein Einfluss auf die Methodenwahl oder die wissenschaftliche Ergebnisverwertung genommen werden darf, ist selbstverständlich.

## **4 Warum konnten die Erwartungen in der Vergangenheit nicht hinreichend eingelöst werden?**

Diese Frage soll entlang der Stichworte Fachgemeinschaften, Institutionen, Forschungsagenda und Methodenkompetenz beantwortet werden. Gleichzeitig werden hierbei wiederum in Anlehnung an das Positionspapier des Wissenschaftsrats bereits Hinweise zur Abhilfe gegeben.

### **4.1 Fachgemeinschaften**

Die Fachgemeinschaften der Wissenschaftsforschung auf der einen und der Hochschulforschung auf der anderen Seite arbeiten bislang weitgehend isoliert voneinander. Bislang mangelt es vielerorts an einer Berücksichtigung von Fragestellungen und Forschungsdaten aus dem jeweils anderen Forschungsfeld.

Unbestritten bearbeiten beide Forschungsfelder aus wissenschaftlich legitimen Gründen andere Leitfragen unter unterschiedlichen theoretischen Gesichtspunkten und mit andersartigen Methoden. Gleichwohl gebietet der heute sichtbare Transformationsprozess von Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen gerade in Deutschland ein stärkeres Zusammenlegen von Kompetenzen und Arbeitszusammenhängen. Hier sollen nur drei allgemeine Beispiele genannt werden, die der gemeinsamen Forschungsanstrengungen wert sind: Erstens, die Zunahme der organisatorischen Vernetzungen und wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Funktionen und Akteuren im Forschungssystem und in der tertiären Bildung – z. B. in regionalen Forschungsverbänden und hybriden Organisationsformen wie KIT oder BIG. Zweitens, die gerade durch die Digitalisierung zunehmende Einbeziehung weiterer Bevölkerungskreise nicht nur in die Hochschulbildung (MOOCs etc.), sondern z. B. unter dem Schlagwort der „citizen science“ auch in Fragen der Beteiligung an Forschungsarbeiten. Drittens, die steigende Bildungsmobilität und Flexibilisierung von akademischen Karriereverläufen – im Bereich der wissenschaftsinternen Personalentwicklung und Nachwuchsförderung, aber auch an den Schnittstellen von universitärer Ausbildung und außeruniversitärem Arbeitsmarkt.

Schon dieser kleine Ausschnitt aus der großen Zahl politisch wichtiger und gleichzeitig wissenschaftlich interessanter Fragen bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine stärkere Zusammenarbeit der beiden Forschungsfelder. Um das Gesamtbild und die Folgen dieser Transformationsprozesse auch in ihrer internationalen Dimension einordnen und erklären zu können, ist es unerlässlich, dass die Wissenschaftsforschung und die Hochschulforschung in engere Kooperationsbeziehungen treten. Dies betrifft zuvorderst den Bereich der bislang getrennt konzipierten und durchgeführten Datenerhebungen, die methodische Konzeption von Längsschnittstudien, Fallstudien und

bibliometrischen Analysen, sowie die Aufklärung von Wechselwirkungen zwischen Prozessen von Forschung und Lehre.

## 4.2 Institutionen

Die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung war in Deutschland bislang schwach institutionalisiert, insbesondere im Hinblick auf die Größe der meisten Einrichtungen und die Zahl der dort in den beiden Feldern tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Im Gegensatz zu anderen Forschungsfeldern, die sich mit wichtigen gesellschaftlichen Teilbereichen beschäftigen – wie z. B. die Gesundheits-, die Klima-, die Wirtschafts- oder die empirische Bildungsforschung – existierten für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung lange keine universitären oder außeruniversitären Kerninstitute, von denen wichtige Impulse und Innovationen ausgehen konnten, und die geeignet gewesen wären, die nötige Zusammenarbeit in der Grundlagenforschung bzw. für eine auf lange Sicht angelegte Forschungsagenda in beiden Feldern zu befördern.

Diese Lage scheint sich glücklicherweise aktuell zu ändern – nicht nur aufgrund, aber eben auch durch die Aufmerksamkeit, die der Wissenschaftsrat diesem Feld und seiner institutionellen Verfasstheit zuteilwerden ließ. So sind z. B. mit dem Munich Center for Technology in Society (MCTS) an der TUM oder – in kleinerem Maßstab – der Abteilung Wissenschaftsforschung im Forum Internationale Wissenschaft (FIW) an der Universität Bonn neue Standorte für die Wissenschaftsforschung in Deutschland entstanden, die gute Ausgangsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs in diesem Segment und gute Kooperationsmöglichkeiten für die Hochschulforschung bieten.

Am eingehendsten hat sich der Wissenschaftsrat mit dem aus anderem Anlass notwendig gewordenen Umbau der HIS GmbH und in dessen Gefolge der Gründung des HIS-Instituts für Hochschulforschung im Jahr 2012 beschäftigt. Hierzu hat der *Wissenschaftsrat (2013)* Stellung bezogen und eine grundlegende methodische und theoretische Neufundierung sowie – wo möglich – eine internationale Einbettung der dort betriebenen Dauerbeobachtungen zu Studienverläufen, Übergängen und Absolventen gefordert. In einem zweiten Schritt hat der *Wissenschaftsrat (2014)* im Rahmen seines an die HIS-Evaluation anknüpfenden Positionspapiers die Zusammenlegung des HIS-Instituts mit einem wichtigen Akteur der empirischen Wissenschaftsforschung – dem Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) in Berlin in einem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) befürwortet.

In einer methodischen Erneuerung und Verzahnung der Langzeitstudien beider Einrichtungen – am iFQ ist dies derzeit vor allem das als Dauerbeobachtung angelegte Promovierendenpanel –, dem Ausbau und der Zusammenlegung methodischer Kompetenzen, dem Aufbau eines gemeinsamen Forschungsdatenzentrums (FDZ) sowie einer gemeinsamen – wiederum auf die Methodenkompetenz fokussierten – Graduiertenausbildung hat der Wissenschaftsrat ein großes Potential für eine Stärkung des gesamten Forschungsfelds in Deutschland gesehen.

Allerdings muss dieses Potential erst noch gehoben werden. Die Dinge sind im Aufbau begriffen und der Wissenschaftsrat wird diesen Prozess, der derzeit am DZHW unter einer neuen wissenschaftlichen Gesamtleitung vor sich geht<sup>3</sup>, aufmerksam weiter beobachten. Wünschenswert wäre, wenn die Überarbeitung und der Neuaufbau all dieser Instrumente und Strukturen zu einem ähnlichen Qualitäts- und Institutionalisierungsschub für das Feld führen könnte, wie ihn hierzulande die empirische Bildungsforschung im Zuge der Beteiligung an internationalen Schulleistungsvergleichen Ende der 1990er- und Anfang der 2000er-Jahre erlebt hat. Dort waren die Beteiligung an internationalen Studien der Dauerbeobachtung, hiermit zusammenhängend die Einführung international anschlussfähiger – und dann zum Teil auch führender – empirischer Forschungsmethoden, ein hoher Grad an Kooperation zwischen Wissenschaftlern unterschiedlicher disziplinärer Herkunft und die Rekrutierung und Ausbildung von methodisch versiertem jungem Forschungspersonal aus anderen Disziplinen – hier vor allem der Psychologie – entscheidende Faktoren für den Erfolg.<sup>4</sup> Weitere Erfolgsfaktoren sind eine gemeinsame Forschungsagenda und ein gewisses Maß an wissenschaftlichem Unternehmertum – mit Pierre Bourdieu könnte man auch sagen: von „wissenschaftlichem Kapital“ – um diese Agenda für die Forschungsförderer attraktiv zu machen.

### 4.3 Forschungsagenda

In seinem Positionspapier hat der Wissenschaftsrat herausgestellt, dass Forschungs-ideen und -projekte in der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung bislang weitgehend unabgestimmt und in Patchwork-ähnlichen Strukturen entwickelt wurden. Eine großzügige Projektförderung durch das BMBF im Rahmen mehrerer Förderinitiativen – mit einem Fördervolumen von gut 76 Millionen Euro zwischen 2001 und 2014 – hat letztlich nicht dazu geführt, dass das Feld und insbesondere die spezialisierten außeruniversitären Forschungsinstitute des Feldes in der Lage gewesen wären, im Anschluss an solche Förderinitiativen in größerem Stil DFG- oder ERC-fähige Konzepte für weiterführende Verbundforschungsvorhaben zu entwickeln.

<sup>3</sup>Siehe das Interview mit der neu bestellten wissenschaftlichen Geschäftsführerin des DZWH in der DUZ, *Jungbauer-Gans (2015)*.

<sup>4</sup>Vgl. hierzu die detaillierte interviewbasierte Fallstudie von *Aljets (2015)*.

Dies hatte in der Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats zunächst zu Vorschlägen geführt, zur Unterstützung der Ausarbeitung einer gemeinsamen Forschungsagenda für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung für weitere Projektförderungen zu plädieren. Was aber bereits in diesem Stadium schon kontrovers diskutiert worden war, stieß in der Wissenschaftlichen Kommission des Wissenschaftsrats auf starken Gegenwind. Das Gegenargument lautete: Warum sollte man einem Feld, das nach jahrelanger Förderung durch das Bundesministerium noch immer nicht in der Lage ist, den Förderern zu erklären, warum und nach welchen Prioritäten sie es fördern sollten, für die Selbstfindung weiteres Geld geben?

Eine solche Selbstverständigung auf gemeinsam zu verfolgende Schwerpunkte und eindeutig identifizierbare Prioritäten sei, so die Argumentation in der Kommission, nun einmal der kleinste gemeinsame Nenner für eine im Verbund handlungsfähige Fachgemeinschaft. Wer wollte dem widersprechen?

Der Hinweis auf die prekäre Ausgangslage und die durch wissenschaftlich weitgehend uninteressante Auftragsforschung vermeintlich ausgezehrten Institute verfängt letztlich nicht in einer Umwelt, in der der Wettbewerb um kompetitive Fördermittel in wissenschaftsgeleiteten Auswahlverfahren zur Normalwissenschaft ebenso dazugehört wie Serviceaufgaben und die Bedienung von „Nützlichkeitszumutungen“ der interessierten Anwender. Auch hier bietet sich ein Seitenblick auf die empirische Bildungsforschung an, die sich in den 1980er- und frühen 1990er-Jahren in einem ähnlichen Dilemma von Auftragsforschung und daraus resultierendem Mangel an wissenschaftlicher Reputierlichkeit befand. Hier haben letztlich seit Mitte der 1990er-Jahre eine Handvoll zentraler Akteure des Feldes die Gelegenheit erkannt, mithilfe theoretisch und methodisch gut fundierter, groß angelegter und aufeinander aufbauender Studien eine Forschungsagenda zu entwickeln, die sowohl der Politik als auch der DFG attraktiv genug erschien, um für die Institutionalisierung dieses Feldes entscheidende Anschläge zu geben (vgl. *Aljets 2015; Mandl/Kopp 2005*).

#### **4.4 Methodenkompetenz**

Eine Steigerung der Methodenqualität und eine sinnvolle Verknüpfung der methodischen Kompetenzen muss als eine *conditio sine qua non* für die inhaltliche Weiterentwicklung und institutionelle Stabilisierung der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland betrachtet werden. Avancierte Skalen-Konstruktionen und Messverfahren für Panel-Studien, die Anwendung von Assessment-Strategien und beispielsweise Item-Response-Theorien in der Untersuchung studentischen Kompetenzerwerbs, von Bibliometrie, Mehrebenenanalysen und Netzwerktheorien in der Erforschung komplexer Strukturen der Wissenschafts-Governance und ihrer Leistungseffekte, z. B. in regionalen Forschungsverbänden, gehören ebenso unabdingbar zur



Produktion einer wissenschaftlich fundierten Informationsgrundlage dazu wie die Fähigkeit zur Prognose und Trendextrapolation im Rahmen von Foresight-Studien.

Ohne den Methoden-Werkzeugkasten hier jetzt vollständig auspacken oder den Bedarf an fundierten Science & Technology-Indikatoren ausbuchstabieren zu wollen, sollte eines ganz klar sein: Zur Weiterentwicklung ihres methodischen Portfolios braucht die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung Anstöße von außen; es muss ihr gelingen, methodisch gut ausgebildeten wissenschaftlichen Nachwuchs aus einem breiten Spektrum an Disziplinen auch jenseits von Soziologie und Politikwissenschaft für das Feld zu begeistern. In diesem Zusammenhang ist nicht nur an Absolventen der Psychologie, der empirischen Bildungsforschung und der Wirtschaftswissenschaften, sondern auch und gerade an solche mit einem informations-, natur- oder lebenswissenschaftlichen Hintergrund zu denken. Wenn es gelänge, einen breiten Kanon an methodischen Kompetenzen und fachlichen Zugängen in die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung hinein zu holen, oder zumindest hierfür offen zu halten, dann wäre es auch möglich, den Gegenstandsbereich dieses Feldes breiter auszuschöpfen und in den akademischen Fächern und Disziplinen eine deutliche Akzeptanz für diese Analysen zu erzeugen.

## **5 Fazit**

Für die empirische Wissenschafts- und Hochschulforschung ergibt sich heute ein einmaliges Gelegenheitsfenster: Die Bereitschaft der politischen Akteure, etwas für das Feld zu tun, ist unzweifelhaft gegeben. Mit der Gründung des DZHW haben Bund und Länder signalisiert, dass sie ein dezidiertes Interesse am Aufbau einer verlässlichen und dauerhaften wissenschaftlichen Infrastruktur in diesem Bereich haben. Des Weiteren hat es bundesweit in den vergangenen zwei Jahren einige Ausschreibungen und Besetzungen einschlägig denominierter Professuren gegeben – zum Teil auch mithilfe von Stiftungen.

Mit Blick auf die Einwerbung größerer Verbundforschungsprojekte, die Beteiligung an vergleichenden internationalen oder problemorientierten Panel-Studien, die die Aufmerksamkeit von der Politik wie der Leitungsebene von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie den Medien und einer interessierten Öffentlichkeit auf sich zieht, muss aber die Initialzündung von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des Feldes selbst kommen. Und erst mit der sichtbaren Umsetzung einer gemeinsamen Forschungsagenda in Fördererfolge und international sichtbare Forschungsergebnisse und Publikationen werden dann auch die Universitäten auf den Geschmack kommen, in größerem Stile als bislang weitere Professuren einzurichten oder – wie an der TUM – Schwerpunkte zu bilden.

Die jüngsten Positionsbestimmungen der einschlägigen Fachgemeinschaften stimmen in dieser Hinsicht zuversichtlich (*Memorandum 2014; GfHf 2015*): Eine stärkere Verschränkung der Perspektiven und die Arbeit an einer gemeinsamen Forschungsagenda werden angekündigt und man darf hoffen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Forderungen nach – auf die eigene (labile) Verfasstheit zugeschnittenen – Förderinstrumenten würden jedenfalls aus gutem Grund wirkungslos bleiben, wie die Diskussion des Positionspapiers zu den institutionellen Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung im Wissenschaftsrat gezeigt hat.

Letztlich wird Vieles davon abhängen, ob es der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland gelingt, sich über die Beteiligung an internationalen Forschungszusammenhängen und über das Hereinholen von methodisch sehr gut ausgebildetem Forschungsnachwuchs nicht nur an den „state of the art“ in der Erforschung des Feldes anzuschließen, sondern zumindest in Teilbereichen auch die Führung zu übernehmen. Erst dann werden auch Erwartungen an wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse für eine evidenzbasierte Governance von Organisationen in Forschung und Lehre erfüllt werden können. Die Verantwortung für ihre „Performance“ müssen die Führungspersönlichkeiten in öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen freilich weiterhin selbst übernehmen; sie lässt sich nicht an die Quantität und Qualität einer noch so gut aufgestellten empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung delegieren. Denn auch das Entscheiden auf einer evidenzbasierten Informationsgrundlage entlastet nicht von Verantwortung.

## Literatur

*Aljets, Enno (2015):* Der Aufstieg der empirischen Bildungsforschung. Ein Beitrag zur institutionalistischen Wissenschaftssoziologie. Wiesbaden

*Jungbauer-Gans, Monika (2015):* „Auf die Mitarbeiter kommen neue Herausforderungen zu“, Interview. In: DUZ vom 21.8.2015, S. 9

*Gesellschaft für Hochschulforschung (GfHf 2015):* Lage und Zukunft der Hochschulforschung in Deutschland. Positionspapier der GfHf und ihrer Mitglieder. Verabschiedet auf der 10. Mitgliederversammlung der GfHf am 10.4.2015 in Kassel

*Kaube, Jürgen (2014):* Hochschulforschung nach Bologna: Es ist alles entschieden, jetzt brauchen wir Beratung. FAZ v. 11.3.2015

*Mandl, Heinz; Kopp, Birgitta (2005) (Hrsg.):* Impulse für die Bildungsforschung. Stand und Perspektiven. Dokumentation eines Expertengesprächs. Berlin

*Memorandum (2014):* Zur Sicherung der Zukunft der sozialwissenschaftlichen Wissenschaftsforschung in Deutschland. Empfehlungen und Reflexion der aktuellen Lage. Erweitertes Protokoll des Memorandum Workshops vom 29.8.2013. Berlin

*Tenorth, Heinz-Elmar (2012):* Mythos Humboldt. Eine Notiz zur Funktion und Geltung der großen Erzählung über die Tradition der deutschen Universität. In: Behrmann, Carolin; Bruhn, Mathias; Trinks, Stefan (Hrsg.): Intuition und Institution. Kursbuch Horst Bredekamp. Berlin, S. 69–82

*Wissenschaftsrat (2013):* Stellungnahme zum HIS-Institut für Hochschulforschung (HIS-HF), Hannover, Drs. 2848-13. Berlin

*Wissenschaftsrat (2014):* Institutionelle Perspektiven der empirischen Wissenschafts- und Hochschulforschung in Deutschland. Positionspapier, Drs. 3821-14. Darmstadt

### **Anschriften der Autoren:**

Prof. Dr. Manfred Prenzel  
TUM School of Education  
Arcisstr. 21  
80333 München  
E-Mail: manfred.prenzel@tum.de

Dr. Stefan Lange  
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats  
Brohler Straße 11  
50968 Köln  
E-Mail: s-lange@wissenschaftsrat.de

Manfred Prenzel ist Inhaber des Susanne Klatten-Stiftungslehrstuhls für Empirische Bildungsforschung an der TUM School of Education. Von 2014 bis Februar 2017 war er Vorsitzender des Wissenschaftsrats.

Stefan Lange ist wissenschaftlicher Referent in der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats; von 2006 bis 2010 war er wissenschaftlicher Assistent am Stiftungslehrstuhl für Wissenschaftsorganisation, Hochschul- und Wissenschaftsmanagement an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.